

# Wochenblatt

für Pulsnitz, Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Ercheint  
Mittwochs u. Sonnabends.

Abonnementspreis:  
vierteljährlich 10 Ngr., auch bei  
Bestellungen durch die Post.

Inserate  
werden mit 8 Pf. für den Raum  
einer gespaltenen Gerpußzeile be-  
rechnet und sind bis spätestens  
Dienstag und Freitag früh 9 Uhr  
hier anzugeben.

**Amtsblatt** der Königlichen Gerichtsbehörden und der  
städtischen Behörden zu Pulsnitz und Königsbrück.

**Dreißundzwanzigster Jahrgang.**

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Ernst Ludwig Förster in Pulsnitz.

Geschäftsstellen

für  
Königsbrück: bei Herrn Kaufm.  
Moritz Tischerich, Dresden: An-  
noncenbureau von Max Ruschler  
Leipzig: S. Engler,  
Leonhard u. Comp. daselbst  
Saasenstein und Bogler daselbst  
und  
Eugen Fort daselbst.

Sonnabend

№ 86.

den 28. October 1871.

## Bekanntmachung.

Der nächste **Viehmarkt** für Pulsnitz soll  
**Montag, den 13. November dieses Jahres**  
abgehalten werden.  
Pulsnitz, am 23. October 1871.

Der Stadtrath.  
Loze.

## Bekanntmachung.

Audurch bringt man zur öffentlichen Kenntniß, daß der **Martini-Kramermarkt**, — welcher vom nächsten Jahre an wegfällt, — heuer  
und zwar  
**am Dienstag, den 14. November l. J.**  
in hiesigem Orte noch stattfinden wird.  
Pulsnitz, am 23. October 1871.

Der Stadtrath.  
Loze.

## Auctions-Bekanntmachung.

**Sonnabend, den 4. November 1871**, von Vormittags 10 Uhr ab, sollen im hiesigen Gerichtsbeamtenwohngebäude **20 Stück  
wollne Rock- und Hofenstoffe**, in einzelnen Stücken von respective 10—30 Ellen, welche in dem im Amthause aushängenden speciellen Ver-  
zeichnisse genauer beschrieben sind, gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.  
Königliches Gerichtsammt Königsbrück, den 4. October 1871.

Müller.

Haase.

### Sachsen.

Dresden, 23. October. Das Dr. Journ. bringt über die Rückkehr  
unserer Truppen aus Frankreich die nachträgliche Meldung, daß das  
zweite Bataillon des 5. Infanterieregiments Nr. 104 am 2. November in  
Plauen eintreffen wird.

— Wegen bevorstehender Truppentransporte und Ueberfüllung des  
Bahnhofes in Hof ist der Güterverkehr nach Hof und via Hof nach Baiern  
bis auf Weiteres auf Güter und Wagenladungen beschränkt worden.

Dresden, 21. Oct. Heute ist die Rangliste der königl. sächsischen  
Armer (12. Armeecorps des deutschen Bundesheeres) vom Jahre 1871  
erschienen. Dieselbe hat einen ungleich stärkeren Umfang als die früheren  
Jahrgänge und enthält u. A. auch die dankenswerthe Einrichtung, daß bei  
den einzelnen Parteien die während des Feldzuges 1870/1871 erlittenen  
Verluste namentlich ausgeführt sind. Der Preis dieses Jahrganges ist  
auf 25 Ngr. festgestellt.

Dresden, 24. October. (Dr. N.) In tiefster Stille wurden heute  
früh 7 Uhr die aus Frankreich hierher gebrachten irdischen Ueberreste weil.  
Herrn Majors von Schönberg-Pötting († 29. August 1870) auf dem alten  
Neustädter Friedhofe in den heimathlichen Boden gesenkt, nachdem der dabei  
anwesende Geistliche noch einige kurze Gebets- und Segensworte gesprochen  
hatte. Aus ausdrücklichem Wunsch der verw. Frau Henriette von Schönberg  
war jede andere Feierlichkeit, selbst die Herbeiziehung militairischer Leichen-  
träger, unterblieben.

Aus Leipzig vom 20. October schreiben die „L. N.“: „Gutem  
Vernehmen nach hat der Rath der Stadt Leipzig gestern den sehr er-  
freulichen Beschluß gefaßt, den in hiesigen Lazarethen verstorbenen und auf  
dem neuen Friedhofe beerdigten deutschen Kriegern, etwa 100 an der Zahl,  
daselbst ein würdiges Denkmal aus städtischen Mitteln zu errichten. Den  
hier beerdigten französischen Soldaten will die franz. Regierung gleichfalls  
ein Denkmal daselbst widmen.“

Chemnitz, 23. October. (D. A. B.) 16 der hiesigen größten Ma-  
schinenfabricanten, welche über circa 8000 Arbeiter zu verfügen haben, haben  
beschlossen, die 65 wöchentlichen Arbeitsstunden auf 62 herabzusetzen und

außerdem die Ueberstunden mit 10 Procent Zuschlag zu vergüten. Allein  
die Arbeiterschaft aus Maschinenfabriken und Gießereien besteht auf ihrem  
Beschlusse: Einführung einer sechszigstündigen wöchentlichen Arbeitszeit unter  
gleichen Lohnverhältnissen und außerdem ein 25proc. Zuschlag für Ueber-  
stunden. An alle Fabricanten ist heute ein Ultimatum von drei Tagen  
gestellt worden. Was geschehen soll, wenn sich die Fabricanten nicht „fügen“  
— und sie werden es schwerlich —, ist leicht ersichtlich, trotz aller Versiche-  
rungen, nicht „strafen“ zu wollen. In mehreren gewerblichen Branchen (z.  
B. Schuhmacherei, Tischlerei, Bäckerei) haben die Gesellen einen Lohnzuschlag  
von 12 Proc. auf dem ruhigen Wege gütlicher Vereinbarung erreicht.

Chemnitz, 23. Oct. Am vergangenen Sonnabend hat in der  
Wiedeschen Maschinenfabrik eine größere Feierlichkeit stattgefunden. An  
5 Arbeiter, welche über 25 Jahre in dieser Fabrik ohne große Unterbrechung  
gearbeitet und sich die Zufriedenheit der Fabrikhaber allenthalben erworben  
haben, sind Ehrendiplome im Auftrag des Raths durch den Bürgermeister,  
welcher die Jubilare im Beisein der Principale, Beamten und gesammten  
Arbeiter der Fabrik durch eine längere Ansprache begrüßte und Ehren-  
diplome von Seiten der Fabrikhaber vertheilt worden.

### Preußen

Berlin, 22. October. Das Präsidium des deutschen Reichstags,  
Dr. Simsen, Fürst Hohenlohe und v. Weber, hatte gestern die Ehre, von  
Sr. Majestät dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen und zur Tafel  
gezogen zu werden. — Die dem Reichstage wiederum vorgelegten Gesetz-  
entwürfe über das Postwesen und das Posttaxwesen des deutschen Reichs  
sind die wörtlichen Wiederholungen derselben Gesetze, welche der Reichstag  
in seiner letzten Session beschloß. Damals nahm derselbe in die  
ursprünglichen Entwürfe dieses Gesetzes trotz des Widerspruchs des General-  
postdirectors ein Amendement auf, welches das Landbriefbestellgeld beseitigte.  
Nachträglich hat sich nun der Bundesrath überzeugt, daß dieser Maßregel  
ein finanzielles Bedenken, wie er erst gesürchtet hatte, nicht entgegenstehe.  
Der Bundesrath hätte daher den beiden Gesetzen in der vom Reichstage  
beschlossenen Fassung zustimmen können; da inzwischen jedoch der gegen-  
wärtig versammelte Reichstag einberufen worden war, erschien, wie die



Motive besagen, „ungeachtet des nunmehr vorhandenen Einverständnisses die Verkündigung der Gesetze nicht angemessen;“ dieselben wurden vielmehr in der früheren Fassung des Reichstags wiederum eingebracht.

Berlin, 20. Oct. Der Reichstag begann heute seine Beratungen mit der Beantwortung einer Interpellation betreffs des Schicksals des vom letzten Reichstage beschlossenen Gesetzes wegen Diätengewährung an die Abgeordneten, verwies sodann das Gesetz, betreffs Verwendung der Etatsüberschüsse vom Jahre 1870, an die Budgetcommission und stellte schließlich das Gesetz, betreffs Verlängerung des Provisoriums der preussischen Oberrechnungskammer als obersten Rechnungshofes des deutschen Reiches, zur zweiten Lesung ins Plenum. Hierbei hielt der Abg. Richter eine scharfe Rede über die Geschäftsbräuche der preuss. Oberrechnungskammer, über die er u. A. sagt: Es müsse gefordert werden, daß von dem preussischen Grundgesetz abgegangen werde, wonach die Oberrechnungskammer ihren Bericht nicht dem Landtage, sondern dem Könige erstattet. Wenn in Preußen eine königliche Cabinetsordre bestimme, daß die erledigte Besoldung eines Gerichtspräsidenten zur Besoldung eines Major verwendet werden solle, so fügt sich die preuss. Oberrechnungskammer, sieht ohne Weiteres diesen Majors Gehalt auf den Justizetat und kein Mensch kann unter dem anscheinend so gewissenhaften preussischen Rechnungswesen erkennen, daß dieser Gerichtspräsident ein Major ist. Und was für Finanzgelehrte sitzen im Herrenhause! Der eine trug darauf an, daß keine Etats mehr gedruckt würden, um 12,000 Thlr. jährlich zu sparen — er hätte das Budget noch nie gelesen. (Große Heiterkeit.) Ohne ernsthaftes Controle über die Reichsfinanzen sei das Finanzrecht des Reichstages ein Messer ohne Klinge, die ganze Budgetberatung nur ein leeres Gaukelspiel. (Beifall.) — In dem neuen Münzgesetz-Entwurf ist die Stellung des Königreichs Sachsen eine der vorgeschlagenen Goldmark entschieden sympathische, da letztere sich den sächsischen Geldverhältnissen von selbst anschließt und da auf der vorgeschlagenen Münzeinheit bereits die sächsische Grundsteuer basirt.

Berlin, 21. October. Die Courier Diplomatique hat in seiner letzten Nummer an die Thatsache erinnert, daß England am Vorabend des dänisch-deutschen Krieges eine maritime Demonstration zu Gunsten Dänemarks vorschlug, Frankreich aber die bei ihm nachgesuchte Mitwirkung nur für den Fall gewähren wollte, daß England den Krieg gegen Deutschland ernstlich weiterzuführen entschlossen wäre, worauf man in London die Sache stillschweigend fallen ließ. Das Factum ist richtig und auch anderweitig beglaubigt. Unterrichtete haben indessen niemals daran gezweifelt, daß Frankreich im Jahre 1864 von einem Kriege zwischen Preußen und England ganz ähnlich wie zwei Jahre später vor dem preussisch-österreichischen für sich Vortheil zu ziehen hoffte. Belgien sollte schon damals der Preis sein, und weil England das wußte, zog es sich zur rechten Zeit zurück. Hätten die Vorgänger Benedetti's in Berlin ein gleichmäßiges Interesse an der Veröffentlichung ihrer Correspondenz, würden wohl auch die Motive der französischen Politik während des dänischen Krieges nicht zum Vortheil des Kaisers enthüllt werden.

— Die Fortschrittspartei beabsichtigt, eine Interpellation einzubringen, in welcher nach den Resultaten der Vertheilung der durch Reichsgesetz zur Beihilfe für Mannschaften der Landwehr und der Reserve aus Reichsfonds bewilligten 4 Millionen Thaler gefragt wird; zweitens, ob bei der Vertheilung von sämtlichen Einzelregierungen gleichmäßige Grundsätze befolgt sind; drittens, ob sich noch ein weiteres Bedürfnis zur Unterstützung der Reservisten und Landwehrleute herausgestellt hat, und viertens, ob, wenn dies der Fall, eine weitere Bewilligung aus Reichsmitteln in Aussicht genommen wird.

— Der Kaiser hat dem Schriftführer des Comité's zur Empfangnahme von Beiträgen zur Unterstützung der Chicago-Abgebrannten 1000 Thlr. überreichen lassen.

— In der gestrigen Sitzung des Bundesrathes, welcher Minister v. Pörschner präsidirte, wurde ein Antrag Mecklenburg-Schwerins, betr. die Anwendung der Normativ-Bestimmungen für Hafen-Regulative auf die Schiffe der kaiserlichen Marine, dem betr. Ausschusse überwiesen. Es wurden demnächst die Vorlagen, betr. die zusätzliche Uebereinkunft mit Frankreich, den Hauptetat pro 1872 und den Auslieferungs-Vertrag mit Italien, überall nach den Anträgen der Ausschüsse erledigt. Bayern und Württemberg haben dem Bundesrathes einen Gesetzentwurf vorgelegt, betr. die Einführung des norddeutschen Bundesgesetzes über die Maßregeln gegen die Kinderpest in Bayern und Württemberg vom 1. Januar 1872 ab.

Röln, 22. Oct. Man schreibt uns aus Wien vom 20. October: „Heute erst ist die Krise spruchreif geworden. Die gemeinsamen und die ungarischen Minister haben sich geeinigt über die Formulierung jener Aenderungen, die an dem vom Grafen Hohenwart vorgelegten Entwurfe eines Rescriptes an den böhmischen Landtag erfolgen müßten, um die in der Prager Adresse enthaltene Fülle von Rechtsübergriffen zurückzuweisen. Graf Hohenwart hat von diesen Bedingungen Kenntniß erhalten (wie man denn überhaupt von Seiten Beust's und Andrassy's mit offenen Karten spielte) und soll sich einigen derselben gefügt haben, andere bekämpfen. Die Coalition Beust-Andrassy beharrt jedoch auf der Annahme in Bausch und Bogen, ohne zu feilschen, und macht davon die Stellung der Cabinetsfrage abhängig.“ (R. Z.)

## Oesterreich

Wien, 18. October. Die officiöse „Wiener Abendpost“ bemerkt unter Bezugnahme auf die zur Eröffnung des deutschen Reichstages gehaltene Thronrede: „Wenn Kaiser Wilhelm mit warmem Worte betont, daß Deutschland ein zuverlässiger Hort des Friedens sein wolle, wenn er hervorhebt, daß das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie in diesem Interesse wie in zahlreichen anderen auf die freundschaftlichsten Beziehungen angewiesen sind, so giebt er damit politischen Gedanken und Empfindungen Ausdruck, die hier besonders lebhaften und freudigen Wiederhall finden müssen. Die Befriedigung Deutschlands, daß die letzten Erscheinungen der Trübung dieser Beziehungen, die letzten Erscheinungen gegenseitiger Verstimmung für immer beseitigt sind, kann nur eine gleich aufrichtige und gleich unbedingte Befriedigung in allen denkenden und patriotischen Kreisen der Bevölkerung Oesterreich-Ungarns hervorgerufen.“

Graz, 25. October. Feldzeugmeister Ritter v. Benedek ist gestorben.

— Die der „N. P. Z.“ über die Krisis in Oesterreich neuerdings aus Wien zugegangenen Nachrichten lauten dahin, daß man sich bemüht hat, „ein Medium zu finden, um einerseits den Faden der Verhandlungen mit den Czechen nicht ganz abzureißen und andererseits den gewichtigen Bedenken gegen die Gesamttendenz der czechischen Forderungen Rechnung zu tragen.“ Die Wahrung des Reichsgedankens werde vermuthlich in der kaiserlichen Antwort auf die Adresse des böhmischen Landtages irgendwie einen principiellen Ausdruck finden; ob und wie weit er aber auch in Einzelheiten gegenüber den czechischen Forderungen zur gehörigen Geltung gelangen werde, daß müsse abgewartet werden. So erscheine die Krisis nicht gelöst, sondern nur vertagt und könne zum zweiten Male wieder auftauchen, wenn es sich um die practischen Folgerungen aus den Principien handeln werde. Innerhalb des großen Ministerrathes müßten die Beratungen wohl einstweilen beendigt sein; denn Graf Hohenwart sei daran gegangen, das kaiserliche Rescript an den böhmischen Landtag zu entwerfen. Graf Clam Martiniz und Dr. Kieger, die Führer der böhmischen Föderalisten, haben sich nach Wien begeben, um mit dem eislerhanischen Ministerpräsidenten darüber zu verhandeln.

Pesth, 20. Oct. Die officiöse „Pesther Correspondenz“ constatirt unter Hinweisung auf die Haltung der Presse in der Hauptstadt wie in der Provinz, daß die Thronrede des deutschen Kaisers in der gesammten Bevölkerung Ungarns eine gehobene Stimmung hervorgerufen habe und bemerkt hierzu Folgendes: Indem der deutsche Kaiser die friedliche Zukunft Europas als das anzustrebende Ziel seiner Politik binstellte und die im Laufe dieses Jahres neubefestigte Freundschaft zwischen dem deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie als eine der Hauptgarantien dieser friedlichen Zukunft bezeichnete, sprach der Kaiser einen Gedanken aus, welcher, vom Herrscher eines so großen Staatswesens verkündigt, schon an und für sich die Hoffnung auf die gedeihliche und ungestörte Entwicklung der Völker eröffnet. Von diesem erhabenen politischen Gedanken ist auch das ungarische Volk so tief durchdrungen, daß eine Inaugurirung der politischen Richtung, welche die Gedanken von demselben irgendwie abzulenken geeignet erschiene, in der mächtigen Strömung der öffentlichen Meinung auf unüberwindliche Hindernisse stoßen würde.

## Frankreich.

Paris, 18. October. Rochefort ist heute nach Tours transportirt worden. Derselbe kommt dort in das Gefängniß, welches Peter Bonaparte, der Mörder von Victor Noir, während seines Processus inne hatte. Er bleibt dort, bis über sein Schicksal definitiv entschieden ist. Alle Kisten, Ballen u. dergl., welche aus Frankreich abgehandelt werden, werden an den verschiedenen Grenzen einer strengen Durchsicht unterworfen. Dieses geschieht, weil man sehen will, ob sich in denselben verdächtige Gegenstände befinden. Nächsten Montag werden die Spielsachen des kaiserlichen Prinzen öffentlich versteigert.

Paris, 19. October. „Journal officiel“ bringt über die Thätigkeit der Kriegsgerichte folgende Mittheilungen: In der Zeit vom 11. bis 15. October wurden 740 Freilassungsbefehle ertheilt und 91 Urtheile gefällt. Die Totalsumme der bis zum 16. Octbr. wieder in Freiheit gesetzten Communisten beträgt 8910. — Wie aus New-York gemeldet wird, ist der dortige französische Consul, welcher wegen Veruntreuungen angeklagt war, freigesprochen worden.

— Bemerkenswerth ist ein Artikel des „Temps“, welcher darauf hinweist, daß mittelst des allgemeinen Stimmrechts auch wohl Napoleon III. selbst in irgend einem Canton zum Generalrath gewählt werden und in Folge dessen eines Tages in Frankreich wieder auftauchen könnte. Es sei deshalb geboten, daß der Absezung, welche die Nationalversammlung in Bordeaux ausgesprochen, auch die förmliche Verurtheilung folge, damit jede Wahl des Kaisers auch gesetzlich unzulässig sei. Napoleon III. habe stets die Verantwortlichkeit der Minister abgelehnt und sich allein als dem französischen Volke verantwortlich hingestellt, jetzt sei es Zeit, ihn beim Wort zu nehmen. Dieser Artikel, welcher durch sein Erscheinen in dem sonst so gemäßigten „Temps“ Aufsehen erregt, soll ein Mitglied der Nationalversammlung zum Verfasser haben.

Paris, 20. Oct., Abends. Laut officieller Mittheilung sind heute Nachmittags 4 Uhr die Ratificationen der Convention zwischen Graf Arnim und Herrn von Rémusat ausgetauscht worden.





